

1 Änderungsantrag Ä1 zum 29/1/2026**2 UB Potsdam-Mittelmark**

3

4

5 Neuer Titel: Auseinandersetzung mit extremistischen Inhalten im Netz - ein Auftrag für alle Schulbeteiligten**8 Ersetze Zeile 1-10 durch folgenden Text:**

9 Wir fordern die SPD-Fraktion im Landtag Brandenburg auf, eine Strategie zu entwickeln, die Lehrer*innen befähigt Schüler*innen beim Einordnen von Inhalten, insbesondere extremistischen Inhalten im Netz zu helfen, ins Gespräch zu gehen und Diskussions- und Debattenräume sowohl im unterrichtlichen Kontext als auch im Schulleben zu ermöglichen. Es gilt Schüler*innen zu unterstützen, rechtsextreme und andere extremistische Inhalte und Falschinformationen in den sozialen Medien zu erkennen und sich kritisch mit diesen auseinanderzusetzen.

21 Gemeint sind hierbei vor allem jene Inhalte, bei denen es sich um offensichtliche Falschinformationen handelt, respektive jene Inhalte, die den Grundsätzen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung diametral entgegenstehen.

26

27 Begründung

28 Extremistische und vor allem rechtsextreme Akteure*innen nutzen soziale Medien gezielt, um junge Menschen mit Falschinformationen und Hetze zu erreichen und zu beeinflussen. Diese Strategien gefährden zunehmend die demokratische Diskussionskultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das hat zur Folge, dass sich Schulen immer mehr zu Orten entwickeln, an denen sich die Auswirkungen digitaler Radikalisierung unmittelbar zeigen. Lehrkräfte stehen täglich in Kontakt mit Schüler*innen, die über soziale Medien mit diesen extremistischen Narrativen und Strategien in Berührung kommen.

41 Als SPD haben wir die Verantwortung, Demokratiebildung zu stärken und jene zu unterstützen, die tagtäglich die Werte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vermitteln. Im Rahmen dieser Verantwortung müssen wir Strukturen schaffen, um Lehrkräfte zu unterstützen Schüler*innen zu kritischem Denken und demokratischer Haltung zu befähigen und Räume zum Austausch zu schaffen.